

Einleitung

Die Gesellschaft ist zu einem Netzwerk geworden, und wo früher Vereine und Verbände, soziale Organisationen und politische Gemeinschaften standen, finden sich heute immer mehr Netzwerke: vom Kommunikations-, Informations- und Medien Netzwerk über Terror-, Zivilgesellschafts- und Forschungsnetzwerke bis hin zu Netzwerkgesellschaft und *network governance*. Die ›digitale Republik Estland‹, so der *New Yorker*, treibt diese Entwicklung als ein gesamtgesellschaftliches Projekt voran.¹ Estland bietet eine Infrastruktur, die hunderte dezentrale Datenbanken miteinander verbindet und Menschen, Unternehmen und Verwaltungen erlaubt, in Echtzeit miteinander zu kommunizieren und Daten auszutauschen. Eine Ärztin kann sofort auf die Gesundheitsdaten einer Patientin zugreifen, wählen kann man von jedem internetfähigen Computer, und selbst der ›Aufenthalt‹ im Staat wurde durch eine »elektronische Residenz« per digitaler ID vom Territorium gelöst. Die Dienstleistungen des öffentlichen Sektors werden so weit wie möglich online über das Netzwerk der Datenbanken zur Verfügung gestellt.

Bei der Entwicklung zur ›Netzwerkregierung‹ geht es aber nicht nur um die technologische Infrastruktur. Wie Marten Kaevets, der *national digital adviser* von Estland, betont, ist das »mind-set« viel entscheidender.² Diese Vorstellung teilt er mit einer Vielzahl anderer Akteure. So betonte etwa der OECD-Planungsstab unter dem Titel *Governance für das 21. Jahrhundert*, dass sich »die Politik von ihrer alten hierarchischen Struktur befreien und zu einem kreativen Ort werden« müsse.³ Sie müsse Netzwerke organisieren, in denen »alle sozialen Akteure [...] Ziele, Regeln und Verfahren immer wieder neu erfinden«.⁴ Und auch ein enger Berater der australischen Regierung hat diese Einführung des Netzwerk-Denkens in die politische Praxis gefordert: »The traditional, hierarchical government model simply does not meet the demands of this complex, rapidly changing age. [...] thriving in the net-

1 Vgl. Heller: »The Digital Republic«.

2 Zit. nach Heller: »The Digital Republic«, S. 93.

3 Michalski et al.: »Governance im 21. Jahrhundert«, S. 34.

4 Michalski et al.: »Governance im 21. Jahrhundert«, S. 34f.

worked age requires governments to change the way they think and operate. [...] *we need to update our thinking.*»⁵

Was zeichnet dieses neue *mind set*, das politische Denken in Netzwerken aus? Wie kam es, dass man das Regieren in den Begriffen des Netzwerkes beschreibt? Und welche Folgen hat dieses Begriffsraster – für das Verständnis der Gegenwart und für die Gestaltung von Politik und Gesellschaft? Von diesen allgemeinen Fragen nimmt die folgende Untersuchung ihren Ausgang. Sie geht der neuen Netzwerk-Theorie der Politik in *historischer Hinsicht* auf den Grund, indem sie nach den intellektuellen Ressourcen für das Denken in Systemen und Netzwerken fragt und den Aufstieg dieser Ansätze in den Krisenjahren der 1970er nachvollzieht. Gleichzeitig konturiert sie in *systematischer Hinsicht* die ontologischen Prämissen, gesellschaftstheoretischen Diagnosen und die politiktheoretischen Lösungsvorschläge dieses technologischen Regierungsdenkens.⁶

Neoliberalismus und Netzwerk-Denken: Standpunkte der Forschung

Wenn die Akteure selbst davon ausgehen, dass ein neues Denken Einzug halten muss, befindet man sich auf dem Fachgebiet der politischen Theorie, der Gesellschaftstheorie und der Ideengeschichte. In diesem Bereich der Sozialwissenschaften und auch in der öffentlichen Debatte dominiert allerdings die Diagnose, das Handeln der Regierungen stünde unter dem Einfluss eines neoliberalen Denkens, das die gesamte Gesellschaft umstrukturiert hätte. Ideengeschichtlich lasse sich das neoliberale Denken bis in die Zwischenkriegszeit zurückverfolgen. Aber erst

5 Eggers: »The changing nature of government«, S. 28 (Hervorhebung hinzugefügt).

6 Wenn ich im Folgenden von Regierungsdenken spreche, soll damit nur gemeint sein, dass es sich um ein politisches Denken handelt, das sich – analytisch oder normativ – mit der Steuerung, Organisation oder Regulation von sozialen Ordnungen beschäftigt. Regierungsdenken ist in dieser Definition also nicht zwingend »Herrschaftswissen«, es kann genauso gut in kritisch-analytischer oder subversiver Form auftreten. Es unterscheidet sich allerdings von einem politischen Denken, das seinen Gegenstand nur jenseits von oder im Bruch mit alltäglichen Praktiken und Institutionen findet. Stattdessen beschäftigt sich das Regierungsdenken gerade damit, wie Gesellschaften alltäglich geordnet, sortiert, reguliert werden. Die Spaltung von Politik und dem Politischen hat in den letzten zwanzig Jahren eine fruchtbare Debatte in der politischen Theorie ermöglicht, die den Fokus der politischen Theorie als Disziplin auf vorher theoretisch vernachlässigte Fragen wie zivilen Ungehorsam und Proteste gelenkt hat. Andererseits ging damit wiederum eine theoretische Vernachlässigung von politischen Institutionen und Routinepraktiken einher. Erst langsam wird versucht, diese Lücke in konstruktiver Absicht zu schließen. Vgl. dazu den herausragenden Beitrag von Manon Westphal: *Die Normativität agonaler Politik*. Zur schon früher geäußerten Kritik vgl. Greven: »Verschwindet das Politische in der politischen Gesellschaft?«; Rzepka/Straßenberger: »Für einen konfliktiven Liberalismus«.

infolge der Wirtschaftskrise der 1970er Jahre habe es den Keynesianismus als ökonomisches Leitbild abgelöst und zugleich eine politische Leitidee angeboten, die den Wohlfahrtsstaat eindampfe und stattdessen auf Privatisierung, Deregulierung und Liberalisierung, auf Märkte und Eigenverantwortung statt auf gesellschaftliche Solidarität setze. Die neoliberale Agenda höhle zudem das demokratische Selbstverständnis der westlichen Gesellschaften aus und demontiere die soziale und politische Teilhabe der Menschen.

Die Diagnose einer Neoliberalisierung der westeuropäischen Gesellschaften ist nicht von der Hand zu weisen, und auch diese Arbeit wird auf den Aufstieg neoliberaler Politikansätze zurückkommen. Allerdings haben viele Kritiken des Neoliberalismus das Problem, dass sie undifferenziert alle Phänomene der Gegenwart als Wirken neoliberaler Kräfte einpreisen. Ein Beispiel für eine solche Neoliberalismus-Kritik ist Wendy Browns *Die schleichende Revolution*. Browns Analyse hat nicht nur das Problem, den Begriff Neoliberalismus ohne weitere Differenzierung für konkrete Policies, eine Art des Regierens und eine Ordnung der Vernunft zu verwenden; sie nutzt etwa auch die Befürwortung von Wachstum oder Antihumanismus als hinreichenden Beleg für neoliberales Regierungsgedenken.⁷ Diese Elemente findet man allerdings auch in anderen Theorien, das Wachstumsdenken etwa im Keynesianismus und den Antihumanismus bei Browns eigener Referenz, nämlich Michel Foucault. Schließlich präsentiert Browns Analyse den Neoliberalismus als globale Gewalt, die zugleich allumfassend und inkonsistent ist. Ohne eine Präzisierung lässt sich dann aber kein sinnvolles Abgrenzungskriterium mehr gewinnen. »Neoliberalismus« wird, wie Terry Flew in seinem lesenswerten Literaturbericht festhält, »an all-purpose denunciatory category«.⁸ Der Begriff verliert so seine analytische *und* seine kritische Kraft.

Eines der wenigen Projekte aus der politischen Theorie, das dezidiert Skepsis an diesem Narrativ der Neoliberalisierung anmeldet, ist Mark Bevir's »Genealogy of Governance«.⁹ Bevir, ein Kollege von Wendy Brown an der University of California in Berkeley, untersucht darin Theorien und Praktiken von Governance. Statt aber wie Brown alle Governance-Ansätze unter Neoliberalismus-Verdacht zu stellen, macht er darauf aufmerksam, dass es daneben einen zweiten Reformstrang gegeben habe, dessen organisationssoziologische Basis sowohl gegen hierarchische

7 Vgl. Brown: *Undoing the Demos*, hier v.a. S. 20–25.

8 Flew: »Six theories of neoliberalism«, S. 51; für weitere Überblicke, die zu ähnlichen Einschätzungen kommen, vgl. Boas/Gans-Morse: »Neoliberalism«; Davies: »Neoliberalism«. Neben den problematischen Darstellungen gibt es freilich zahlreiche sehr differenzierte Studien, z.B. Ther: *Die neue Ordnung auf dem alten Kontinent*; Stedman Jones: *Masters of the Universe*.

9 Vgl. Bevir: *A Theory of Governance*, insb. S. 129–148; Bevir: *Democratic Governance*. Im Vergleich dazu die Governance-Darstellung bei Brown: *Undoing the Demos*, S. 122–150.

Verwaltungstheorien als auch gegen das neoliberale New Public Management argumentiere. Obwohl Bevir diese Gegenbewegungen in unterschiedliche Governance-Theorien auffächert, finden sie bei ihm einen gemeinsamen Nenner im Begriff des Netzwerks.

In eine ähnliche Richtung stößt eine sehr bekannte wirtschaftssoziologische Studie, die ironischerweise des Öfteren als eine Studie über den Neoliberalismus missverstanden worden ist. In *Der neue Geist des Kapitalismus* untersuchten Luc Boltanski und Ève Chiapello die Management-Literatur der 1990er Jahre und zeigten, dass der »neue Geist« des Kapitalismus auf einer »konnexionistischen Polis« beruhe, in deren Zentrum der Netzwerk-Begriff steht. Dieser neue Geist unterscheide sich laut Boltanski und Chiapello nicht nur von dem dominanten hierarchischen Geist, den sie in ihrem Vergleichskorpus aus den 1960er Jahren finden; er gehe auch mit der Marktlogik nicht zusammen. Denn statt auf reinen Wettbewerb setze dieses *mind set* zusätzlich auf *Kooperation*, statt auf einmalige Transaktionen suche es nach *Koordination* und statt der Anthropologie des isolierten Individuums zu folgen, sehe es den Menschen als *vernetztes Subjekt*. Daher schlussfolgern Boltanski und Chiapello, ihre Studie »begründet eine gewisse Skepsis gegenüber Interpretationen, die die jüngsten Entwicklungen schlicht als ein [sic!] Verschärfung des Wirtschaftsliberalismus deuten.«¹⁰

Dass sich selbst das ökonomische Feld nicht nur durch den Wirtschaftsliberalismus verstehen lässt, illustriert auch Fred Turners kulturwissenschaftliche Studie *From Counterculture to Cyberculture*.¹¹ Darin zeichnete er den Weg einer hochgradig einflussreichen Personengruppe aus der San Francisco Bay Area nach, die in den 1950er Jahren technologische Ansätze aufnahm und sie durch persönliche Kontakte, Konferenzen und Kollaborationen in die Counterculture der 1970er und in die computerbasierte *New Economy* der 1990er Jahre hineinrug. Damit liefert Turner Hinweise auf die sozialen Rahmenbedingungen und die Ursprünge des Netzwerk-Denkens in der Kybernetik, einer Forschungsrichtung über Kommunikation und Regelung; sein Erkenntnisinteresse richtet sich aber auf Lebenswege und Bekanntschaften, sodass die Beschaffenheit der Theorien, ihre Prämissen, Semantiken und Deutungsmuster im Hintergrund bleiben.

Demgegenüber sind Boltanski und Chiapello zwar an den Rechtfertigungsmustern des neuen *mind sets* interessiert; da ihre Studie aber auf eine Soziologie der Sozialkritik zielt, stehen weder die dahinterliegenden Theorien noch die Geschichte ihrer Entstehung und Durchsetzung im Zentrum ihres Erkenntnisinteresses.

10 Boltanski/Chiapello: *Der neue Geist des Kapitalismus*, Zitat S. 180; insg. S. 177-191.

11 Turner: *From Counterculture to Cyberculture* grenzt seine Ergebnisse allerdings nicht selbst von den Neoliberalismus-Diagnosen ab. Seine Gegenpositionen stammen – entsprechend seiner disziplinären Herkunft – aus der kulturwissenschaftlichen Mediengeschichte, v.a. kritisiert er die These, dass die Counterculture technikavers gewesen wäre.

Insbesondere fehlt es ihnen, wie sie schreiben, durch ihre Methode an Erkenntnissen über die Quellen des neuen kapitalistischen Geistes.¹² Ohne dass sie dies bemerken, deuten aber auch die wenigen Referenzen, die sie in der Management-Literatur finden, stark in eine Richtung. Denn dort genannte Leitfiguren wie Gregory Bateson, Ilya Prigogine, Jean Dupuy und Francisco Varela entwickelten in ihren Disziplinen allesamt kybernetische Ansätze.

Damit verdichtet sich bereits eine Spur hinter dem Netzwerk-Denken. Wenn man nach dem systematischen Gehalt, den intellektuellen Ressourcen und den Aufstiegsbedingungen des Netzwerk-Denkens fragt, sind die Forschungsgrundlagen aber eher begrenzt. Es gibt zwar viele Texte, die den Anbruch eines ›neuen Zeitalters‹ der Netzwerke ankündigen, denn »[d]ie alten Strukturen erweisen sich als marode oder reformbedürftig [...] es wimmelt von unformatierten Elementen und flimmernden Relationen, die als offene Netzwerke prozessieren.«¹³ Demgegenüber fragen aber nur wenige, *wie es kam* und *was es überhaupt bedeutet*, wenn die politischen und politikwissenschaftlichen Akteure ihre westlichen Gesellschaften im Vokabular des Netzwerks beschreiben.

Bei der Problematisierung dieser sozialen Selbstbeschreibung sind metaphernhistorische Untersuchungen zum Netzwerk am weitesten fortgeschritten.¹⁴ Sie dokumentieren einerseits die Metaphorik in einer Langzeitperspektive und zeigen auf diese Weise zum Beispiel, dass es einen entscheidenden Bruch gibt, der zwischen dem kognitiven Modell der älteren, organologisch-textilen Netz-Metapher und ihrem deutlich jüngeren Wiedergänger läuft, der technotropen Netzwerk-

12 Boltanski/Chiapello: *Der neue Geist des Kapitalismus*, S. 189. Von hier aus entwickelt die Studie dann »Bemerkungen zur Entwicklungsgeschichte der Netzforschung« (S. 194–202), in denen einige Forschungsrichtungen genannt werden, die mit Netzwerk-Modellen arbeiten, darunter die Soziometrie und Sozialpsychologie, der französische Strukturalismus und die poststrukturalistischen Autoren Michel Serres und Gilles Deleuze, auf die zurückzukommen sein wird. Daneben wird für die USA auch auf Harrison White und Mark Granovetter verwiesen.

13 Laux: *Soziologie im Zeitalter der Komposition*, S. 194.

14 Vgl. übergreifend Friedrich: *Metaphorologie der Vernetzung*; Friedrich: »Vernetzung als Modell gesellschaftlichen Wandels«; Schlechtriemen: *Bilder des Sozialen*; Gießmann: *Die Verbundenheit der Dinge*; Schüttelpelz: »Ein absoluter Begriff«. Generell zeigt sich an der weiteren Literatur, dass es einen deutlichen Überhang in der Auseinandersetzung mit soziologischer Netzwerkforschung gibt, während das politische Denken des Netzwerks, wie es hier im Zentrum steht, seltener untersucht wurde. Zur Metapher in den soziologischen Theorien von Castells, Harrison White und der Akteur-Netzwerk-Theorie vgl. Erickson: »Network as Metaphor«; Otto: »Die Akteur-Netzwerk-Theorie als zeitdiagnostische Metapher«; Schlechtriemen: »Zur Metaphorik in Manuel Castells' *Aufstieg der Netzwerkgesellschaft*«; recht undifferenziert und polemisch dagegen Leschke: »Netze und andere Verhänglichkeiten«; für eine kritische Nachfrage zur Metapher des Netzwerks in der Governance-Forschung vgl. Dowding: »Model or Metaphor?«, der allerdings keine reflektierte Metaphernanalyse nutzt.

Metapher.¹⁵ Andererseits diskutieren sie vor diesem Hintergrund die rhetorische und sozialkonstitutive Wirkung des Netzwerk-Begriffs in soziologischen Studien. Allerdings wurden bisher sowohl das politische Denken in Netzwerken als auch die zeithistorischen Deutungskämpfe um Gestalt und Gestaltung der Gesellschaft kaum thematisiert.

Eine historisch-kritische Rekonstruktion des technologischen Regierungsdenkens in Netzwerken und Systemen blieb daher bisher ein Desiderat. Auch die metaphorologischen Studien nähren nichtsdestoweniger die Überlegung, dass es neben dem neoliberalen Denken derzeit ein zweites, technologisches Regierungsdenken gibt, dessen Leitmetaphorik nicht Märkte und Verträge, sondern Netzwerke und Systeme sind. Erst wenn man diese Dissonanzen in kritischer – das heißt zunächst: unterscheidender – Absicht ernstnimmt, lässt sich meines Erachtens ein angemessenes Verständnis vom Regierungsdenken der Gegenwart gewinnen, das von (mindestens) zwei großen Paradigmen geprägt wird: dem Neoliberalismus *und* dem Netzwerk-Denken. Für dieses Vorhaben haben die dargestellten Forschungen Fährten ausgelegt, denen es auf der Spurensuche nach den ideenpolitischen Elementen und soziopolitischen Ursprüngen des technologischen Regierungsdenkens zu folgen gilt.

Elemente und Ursprünge des technologischen Regierungsdenkens: Thesen

Die Geschichte des technologischen Regierungsdenkens konkretisiert sich in den späten 1940er Jahren, als man begann, über den Wiederaufbau Westeuropas nach dem Zweiten Weltkrieg nachzudenken. In dieser Zeit formierte sich – wie zu sehen sein wird: gegen alle Wahrscheinlichkeit – ein Regierungsdenken, das die ersten dreißig Jahre der Nachkriegszeit bestimmen würde und unter einem alten Begriff stand, dem der Souveränität.

Für den Fortgang der Argumentation wird es aus drei Gründen wichtig sein, die gesellschafts- und politiktheoretischen Konturen dieses Denkens in einem ersten Schritt zu umreißen: *Erstens* liefert es die Gegenfolie, an der sich das technologische Regierungsdenken systematisch abarbeitet. *Zweitens* motivierten aber ausgerechnet die starken Machbarkeits- und Steuerungsideen dieses Paradigmas die Einrichtung und Finanzierung von jenem kybernetischen Forschungszweig, der die konzeptionellen Impulse für das technologische Regierungsdenken entwickelte. *Schließlich* tritt der Wandel der politischen Deutungsmuster erst scharf hervor, wenn man sich das damalige Denken noch einmal vor Augen führt.

15 Vgl. dazu insb. Friedrich: *Metaphorologie der Vernetzung*.

Das Paradigma der Souveränität schloss sozial-, gesellschafts- und politiktheoretisch an die Moderne und den mit ihr verbundenen Aufklärungsglauben an. Man trotzte den grausamen Erfahrungen der Weltkriege eine optimistische Subjektkonzeption ab, in der Individuen und Staaten die Welt gestalten können, wenn sie sich selbst zu einer ›aufgeklärten‹, ›selbstbewussten‹ und dadurch ›souveränen Persönlichkeit‹ entwickelten. Diese Vorstellungen, die Individuen und Staaten im Begriff der Persönlichkeit parallel führten, basierten auf einer humanistischen Ontologie, die Subjekt und Objekt voneinander trennte, an lineare Kausalitäten glaubte und Zeit als ein Kontinuum betrachtete. Auf diese Weise wurde die soziale Welt steuerbar, und die Politik wurde zum Steuerungszentrum der Gesellschaft erhoben.

Dabei bestand die Vorstellung, dass der Herrschaftsauftrag der Souveränität mit einer teleologischen Zielsetzung einhergehe. Souveräne Macht legitimiere sich aus einem souveränen Ziel (*télos*), nach dem sich die individuelle und die gesellschaftliche ›Entwicklung‹ richten müsse, um die ›menschliche Natur‹ und das ›Wesen‹ menschlichen Zusammenlebens zu verwirklichen. Das Regierungsdenken der Nachkriegszeit baute daher in doppeltem Sinne auf Repräsentativität: Politik sollte einerseits die unterschiedlichen Schichten und Interessen der Gesellschaft *integrieren* und *als Ganzes* repräsentieren. Sie sollte andererseits aber auch repräsentativ für ein höheres, souveränes Entwicklungsziel entstehen. Regieren, Politik und Staat fielen daher tendenziell zusammen und waren der Gesellschaft hierarchisch übergeordnet: Die souveräne Politik hatte die Aufgabe, durch eigenverantwortliche Führung die Integration und Entwicklung der Gesellschaft zu gewährleisten.

Dieses Regierungsdenken der Souveränität war durch und durch humanistisch, und eine Verformung des Menschen durch die Technik musste daher eine Gefahr darstellen. Gleichzeitig bedurften aber die Regierungen ›technischer‹ Mittel, um den umfangreichen Planungs- und Steuerungsanforderungen dieses Regierungsmodells nachzukommen. Wie das zweite Kapitel zeigen wird, entstanden dadurch in der Nachkriegszeit zwei Technologiken: Die eine stand im Bann der Souveränitätstheorie. Dabei ging es einerseits in der ›Zukunftsforschung‹ und in Beratungsorganisationen wie der RAND Corporation um Effizienzsteigerung mit technischen Mitteln, damit man die Entwicklung der westlichen Gesellschaften (immer in Konkurrenz zur Sowjetunion) vorantrieb. Andererseits wurde genau diese Technisierung des Regierungsalltags als »Technokratie« kritisiert und die Souveränität der Politik eingefordert.

Im Windschatten dieser Debatte entstand aber auch ein anderes Denken über Technik, in der diese nicht einfach Mittel zum Zweck war, sondern zum Deutungsrahmen für alle Arten von Steuerung und Regulation wurde: Die Kybernetik verdichtete informations- und systemtheoretische, ökologische und kommunikationstheoretische Überlegungen der Kriegs- und Zwischenkriegszeit zu einem neuen Verständnis von Regulieren und Regieren. In diesem Zusammenhang wurde das erste Mal der Anbruch eines ›neuen Zeitalters‹ der Systeme und Netzwerke prokla-

miert. Es handelt sich dabei um eine rhetorische Figur, die im Netzwerk-Denken seit den 1940er Jahren immer wieder eingesetzt wurde, um alternative Deutungsmuster als veraltete Deutungsmuster zu verabschieden. Die Genese der Netzwerk-Gesellschaft ist daher keineswegs ein struktureller Selbstläufer oder nur ein Effekt von Hochleistungscomputern und Internet, wie es – neben vielen anderen – auch Manuel Castells darstellt.¹⁶ Sie ist, so meine These, ein ideenpolitisches Projekt.

Denn in der Kybernetik hatte sich eine Gruppe herauskristallisiert, die nicht einfach auf eine technische Beschleunigung der Modernisierung hinarbeiten wollte, sondern eine Kritik der theoretischen Grundlagen von Moderne und Modernisierung anstrebte. Im Kern entwickelten die Forschenden dabei drei Ideen. *Erstens* wiesen sie die ontologische Stoßrichtung der modernen Wissenschaften zurück. Ross Ashby, ein früher Kybernetiker, formulierte programmatisch, dass die Kybernetik nicht mehr nach dem *Was*, dem Wesen oder Sein frage, sondern nur noch nach dem *Wie*, nach der Funktionsweise von Steuerung und Kommunikation.¹⁷ Damit war die humanistische Unterscheidung von Mensch und Maschine eingegeben, ohne sie zugunsten der einen oder anderen Seite aufzulösen. Stattdessen hielt eine neue Analyserichtung Einzug, die die Steuerung und Kommunikation in Systemen untersuchte, egal ob es sich dabei um Menschen, Gesellschaften oder Maschinen handelte.

Der *zweite* revolutionäre Einfall war, dass diese Steuerungs- und Kommunikationsprozesse nicht hierarchisch oder linear ablaufen, wie es die modernen Wissenschaften laut der Kybernetik dachten. Vielmehr kommt Regulation ohne ein Steuerungszentrum aus und funktioniert allein durch die gegenseitige Beeinflussung in zirkulären und miteinander vernetzten Prozessen, die sich überall in dem sich selbst regulierenden System wiederfinden. So wenig es also einseitige, kausale

16 Die Zurückführung der vernetzten Gesellschaft auf die technologische Infrastruktur ist eine gängige Rechtfertigung für die Umstellung gesellschaftlicher Denkmuster. Genau dies greift aber meines Erachtens zu kurz und engt den Alternativenraum des politischen Denkens ein, weil ein vermeintlich exogener technologischer Strukturwandel herangezogen wird, um die Netzwerk-Kategorien auch im politischen Denken durchzusetzen. Auch bei Castells ist es maßgeblich der technologische Wandel, der zur Netzwerk-Gesellschaft führt. Selbst dort, wo er konstatiert, dass es parallel zur Informationstechnologie auch eine neue Organisationslogik gegeben habe, bleibt völlig unklar, woher diese kommt. Ihre Durchsetzung wird wiederum mit dem Zwang der Informationstechnologie erklärt: »Um die Vorteile der Netzwerkflexibilität internalisieren zu können, musste der Konzern selbst zum Netzwerk werden« (Castells: *Der Aufstieg der Netzwerkgesellschaft*, S. 202). Durch den vagen, vieldeutigen und zugleich affirmativ-zeitdiagnostischen Gebrauch des Netzwerk-Bildes ist Castells Schrift eher Dokument als distanzierte Beobachtung des Netzwerk-Paradigmas, wie auch Schlechtriemen: »Zur Metaphorik in Manuel Castells' *Aufstieg der Netzwerkgesellschaft*« eindrücklich zeigt.

17 Siehe Ashby: *An Introduction to Cybernetics*; für weitere Belege zum Folgenden siehe das entsprechende Kapitel.

Steuerung in komplexen Systemen gibt, so wenig gibt es demnach Systeme ohne Regulation.

Daher spezifizierte die Kybernetik diese zirkuläre Regulation *schließlich* in eine andere Richtung. Die Netzwerke – wie es analog zu Systemen hieß – bestimmen sich demnach einerseits durch die Konnektivität zwischen ihren Elementen und andererseits durch deren Komplexität: Je mehr und je unterschiedlicher die Querverbindungen im Netzwerk sind, desto variabler ist es, um auf unvorhersehbare Irritationen reagieren zu können. Das Steuerungsdenken der modernen Wissenschaften hatte diesen Zusammenhang von Konnektivität, Kontingenz und Komplexität in den Augen der Kybernetik nicht nur analytisch unterschätzt. Dort wo sie gesellschaftlich oder technisch auf hierarchische und kausale Anordnungen setzten, schränkten sie auch die Entwicklungspotenziale ein. Daher musste das *systems age* das alte Weltbild des ›Maschinenzeitalters‹ ablösen.¹⁸

Aus diesen Ideen, aus den theoretischen Konzepten und begrifflichen Deutungsrahmen, entstand die vernetzte Welt des 21. Jahrhunderts, allerdings auf sehr unterschiedlichen Wegen: Ein Weg führte über Informatik und Informationstechnik zu Mikroelektronik und Internet. Ein anderer Weg führte über geistes- und sozialwissenschaftliche Theorien, die damit eine Alternative zu Moderne- und Souveränitätskonzepten entwickelten. Die technologischen Artefakte und das technologische Regierungsdenken sind zwei unterschiedliche Weiterentwicklungen der kybernetischen Denkfiguren.¹⁹ Obwohl die Technologien des Netzwerks und das technologische Regierungsdenken weitgehend unabhängig voneinander entwickelt wurden, erlebten sie zur gleichen Zeit ihren Durchbruch: Während in den 1970er Jahren die Mikroelektronik große Sprünge machte, das ARPANET – Vorläufer unseres Internets – zu einer immer größeren Infrastruktur anwuchs und 1972 mit der E-Mail seine erste ›App‹ erhielt, bot die Staats- und Modernekrise der 1970er Jahre die Bühne für die technologische Neubestimmung von Politik und Gesellschaft.

Die Krisenerfahrung der 1970er Jahre nimmt eine Sonderstellung unter den vielen Krisendiagnosen ein, die die westlichen Demokratien seit jeher begleiten. Viele der zeitgenössischen Akteure erwarteten den Untergang der westlichen Demokratien, und wenn nicht das, dann zumindest einen Wandel, der derart fundamental sein würde wie der vom Mittelalter zur Neuzeit. Und auch die zeitgenössisch auftauchenden Begriffe der ›Postmoderne‹, ›Reflexiven‹ oder ›Zweiten Moderne‹

18 Ackoff: »The Future of Operational Research is Past«.

19 Die Geschichte der Informationstechnik ist vielfach erforscht und in gesellschaftliche Zusammenhänge eingebettet worden. Vgl. nur beispielhaft Abbate: *Inventing the Internet*; Castells: *Der Aufstieg der Netzwerkgesellschaft*, S. 33-88; Gugerli: *Wie die Welt in den Computer kam*; Rid: *Maschinendämmerung*.

zeigen bereits an, dass die Menschen sich selbst als Teil eines fundamentalen Wandels beobachteten.

Der Grund dafür war, dass sich in diesem Fall Wirtschaftskrise, gesellschaftsinterne Konflikte und die Wiederkehr der Gewalt zu einer epistemischen Krisenerfahrung verdichteten, der eine große Transformation im Selbstverständnis der westeuropäischen Gesellschaften folgte. Während der sozioökonomische Strukturwandel bereits eindrucksvoll durch zeithistorische und soziologische Studien herausgearbeitet wurde, werde ich die *programmatischen politiktheoretischen Antworten* in den Blick nehmen, die in der damaligen Debatte gegeben wurden. Denn meine These ist, dass sich die *Richtung* des Strukturwandels und damit die Gegenwart der westeuropäischen Gesellschaften nur aus den Antworten verstehen lassen, die auf diese Krisensituation gegeben wurden.

Dabei zeigt sich, dass das Paradigma der Souveränität nicht nur strukturell, sondern auch intellektuell an seinen eigenen Versprechen scheiterte, sodass die nach 1945 gerade erst beigelegten Konflikte um eine normativ richtige und faktisch stabile Ordnung wieder aufrissen. Die institutionalistischen und neomarxistischen Deutungsmuster, die bisher die politischen Auseinandersetzungen mithilfe von Souveränitätstheorien geprägt hatten, attestierten sich dabei selbst eine gewisse Ratlosigkeit. Und sie wurden infolgedessen von zwei neuen Deutungsmustern herausgefordert und vielfach abgelöst: Auf der einen Seite kritisierten neoliberale Intellektuelle mithilfe der Public-Choice-Theorie die *mangelnde* Rationalität des Staates und wollten daher die Hierarchie von Staat und Marktgesellschaft umdrehen. Auf der anderen Seite kritisierten kybernetisch inspirierte Krisendiagnosen die *veraltete* Rationalität der Moderne, die nun an ihren eigenen Erfolgen scheitere. Die komplexe, ausdifferenzierte Gesellschaft könne nicht mehr hierarchisch durch die Politik gesteuert werden. Sie brauche ein »neues Denken«, das der Komplexität, Kontingenz und Konnektivität der Gesellschaft angemessen sei.

Unter diesen kybernetisch inspirierten Deutungsansätzen befinden sich auch die Schriften von Michel Foucault und Niklas Luhmann, so die dritte zentrale These. Foucault und Luhmann sind zwei Denker, deren Ideen eine immense Wirkung auf die gesamte Breite der Geistes- und Sozialwissenschaften entfalteten. Das vierte und fünfte Kapitel werden diese beiden Fälle im Detail untersuchen. So unterschiedlich sie auf den ersten Blick scheinen, will ich zeigen, dass beide intellektuelle kybernetische Denkfiguren aufgegriffen haben, um *erstens* ihre Theorien zu entwickeln und sie *zweitens* in den Krisendebatten gegen alternative Deutungsangebote zu positionieren und durchzusetzen. Im Fall von Niklas Luhmann ist dabei natürlich bekannt, dass er kybernetische Konzepte aufgriff; seine hochabstrakten Arbeiten sind aber nur selten kontextualisiert und bisher nie auf die Krisen der

1970er Jahre bezogen worden.²⁰ Geradezu umgekehrt sieht dies bei Michel Foucault aus. Während seine Aktivität in den politisch-theoretischen Kämpfen bekannt ist (auch wenn die politische Stoßrichtung umstritten bleibt), wurde seine Verbindung zur Kybernetik bisher nur selten registriert.²¹ Bei Luhmann liegt daher mein Fokus auf dem ideenpolitischen Charakter seiner technologischen Theorie, bei Foucault auf dem *technologischen* Gehalt seiner ideenpolitischen Interventionen.

An diesen beiden individuellen Fällen lässt sich noch deutlicher als schon im dritten Kapitel zeigen, dass die Richtungen des Strukturwandels durch Akteure, ihre ideenpolitischen Interventionen und Auseinandersetzungen geprägt wurden. Außerdem lassen sich anhand der Fallstudien die Elemente und Rhetorik des technologischen Regierungsdenkens detailliert herausarbeiten. Sie beruhen auf der aus der Kybernetik bekannten Kritik an den ›traditionellen‹, ›alteuropäischen‹ Theorien, denen Luhmann und Foucault nun eine eklatante Ideenlosigkeit im Umgang mit gesellschaftlichen Herausforderungen vorwarfen. Beide entwickelten daraufhin durchaus unterschiedliche Entwürfe für ein technologisches Regierungsdenken, von denen Foucault stärker auf Technologien des Selbst, Luhmann stärker auf eine ökologische Rationalität der Subsysteme zielte.

Die technologische Alternative zur alteuropäischen Denkungsart tauschte dabei das Vokabular der gesellschaftlichen Selbstbeschreibungen aus. Sie verweigert, nach dem Wesen und Sein der Gesellschaft zu fragen, und stellte die Grundlagen der Selbstbeschreibungen von Identität und Kontinuität auf *Diversität und Differenz* um. Die Vorstellungen der Souveränitätstheorie, die Gesellschaft würde durch die Politik zu einem stabilen ›Selbstbewusstsein‹ heranwachsen und einen ›einheitlichen Willen‹ ausbilden, der normativ auf ein gemeinsames souveränes Ziel ausgerichtet wird, wurden dadurch abgeschnitten. An die Stelle dieses Begriffsapparats trat das neue, kybernetisch inspirierte Vokabular, das die Gesellschaft als ein ›Netzwerk von Operationen‹ (Luhmann) oder ›systemisches Netz‹ (Foucault) begreift. Diese Netzwerke ›emergieren‹ aus vielfältigen heterogenen Elementen und Relationen, die permanent *in Echtzeit* reproduziert werden müssen. Nicht stabile, souveräne Persönlichkeiten, sondern Schaltkreise, ›Codes‹ und Diagramme sind die angemessene Metaphorik, in der die unzähligen Verzweigungen, die überschüssigen Möglichkeiten und die zirkulären Beziehungen abgebildet werden.

20 Die einzige größer angelegte Kontextualisierung von Luhmanns Denken bietet Lange: *Niklas Luhmanns Theorie der Politik*.

21 Diese Hinweise sind in der Regel unspezifischer und explorativer Art, so z.B. bei den Hypothesen zum Einfluss der Kybernetik auf die französische Theoriebildung von Geoghegan: »From Information Theory to French Theory«, Lafontaine: »The Cybernetic Matrix of ›French Theory‹«; etwas konkreter jüngst Sprenger: *Epistemologien des Umgebens*, S. 62-82. In der Foucault-Forschung finden sich nur sehr vage Hinweise, meist ohne Reflexion der Kybernetik. Vgl. z.B. Gessmann: »Foucaults Theorie der Macht«; Deuber-Mankowsky: »›Nichts ist politisch. Alles ist politisierbar‹«.

Für das Regierungsdenken bedeutet dies *in analytischer Hinsicht* eine *Dezentrierung der Politik*. Wo die Gesellschaft als Netzwerk auftritt, fallen Steuerungs- zentren als Prämisse der Untersuchung weg. Foucault und Luhmann ziehen hier durchaus unterschiedliche Schlüsse: Luhmann begreift die Politik als Subsystem der Gesellschaft, das nicht nur aus dem Zentrum verdrängt wird, sondern auch noch in seiner Operationsweise hinter den Anforderungen der »Informationsge- sellschaft«, die »weltweit dezentral und konnexionistisch über Netzwerke kommu- niziert«, ²² tendenziell hinterherhinkt. Demgegenüber verlagert Foucault den poli- tischen Kampf in die einzelnen, verstreuten Orte der Gesellschaft und dezentriert »den« Staat auf diese Weise. Beide gehen allerdings davon aus, dass es keine ge- samtgesellschaftliche Steuerung mehr gibt und dass sie dort, wo sie aufzutreten versucht, zu einer Gefahr für die Autonomie von Systemen und Individuen wird.

Besonders stark kommt die technologische Ablehnung der »alteuropäischen« Analyseperspektive in den *neuen, systemischen Machtmodellen* zum Ausdruck, die hierarchische, lineare und kausale Machttheorien nach dem Muster Befehl und Gehorsam zurückweisen. Mit der souveränitätstheoretischen Unterscheidung von Subjekt und Objekt verschwindet auch die klassische Deutung von Macht als Herrschaft: Weil alles mit allem zusammenhänge, seien soziale Beziehungen nur als mehrseitige Bedingungsverhältnisse zu verstehen, in denen alle gegenseitig Macht aufeinander ausüben.

Den Ausgangspunkt dieser Überlegung bildet auch hier das technologische »Standardargument«: Alles ist sehr viel komplexer. Dass heute soziale Zusammen- hänge als hochkomplex, kaum zu durchblicken und im Grunde nicht steuerbar in- terpretiert werden, ist eine der nachhaltigsten Folgen des technologischen Regie- rungsdenkens. ²³ Während Politik dabei als einheitliches Institutionengefüge de- zentriert und in seiner Steuerungsfähigkeit eingeschränkt wird, wird gleichzeitig Regieren zu einem Vorgang, der überall in der Gesellschaft in Form von »Selbst- Führung« und »Selbst-Regulation« stattfindet. In der Politikwissenschaft hat sich unter anderem diese technologische *Ausweitung des Regierungsbegriffs* bei gleichzei- tiger Umstellung auf die Wie-Fragen »komplexer« Regulation in dem Schlagwort »von Government zu Governance« verdichtet.

Mit dem neuen technologischen Begriffsapparat gehen darüber hinaus *normati- ve Implikationen* einher, auch wenn diese oft hinter der neuen analytischen Haltung zur Welt versteckt werden. Das technologische Regierungsdenken kennzeichnet dabei eine grundsätzliche *Kritik an hierarchischen Organisationsstrukturen und den re- präsentativen Institutionen der Demokratie*. Aufgrund der Diversität und Komplexität

22 Luhmann: *Die Gesellschaft der Gesellschaft*, S. 31.

23 Eine hervorragende Vorarbeit dazu liefert Leendertz: »Das Komplexitätssyndrom«; aller- dings erfasst sie in dem Aufsatz nicht die breitere Wirkung des Komplexitätsdenkens, son- dern bleibt im engeren Feld der *policy studies*.

der Welt sei es prinzipiell unmöglich, die Gesellschaft als einheitliches Ganzes zu repräsentieren: Man hat stets nur seine partielle Perspektive, die an einem Punkt im Netzwerk sitzt. Luhmann und Foucault verbindet daher eine Abneigung, die sich sowohl gegen universelle, moralische Weltinterpretationen richtet, wie sie von Intellektuellen und Parteien formuliert werden, als auch gegen die Vorstellungen, dass es einen *one best way*, eine einzig richtige rationale Lösung eines politischen Problems gebe. Beides seien Varianten des veralteten modernen Denksystems, das man hinter sich lassen müsse.

Der Ablehnung von Repräsentativität, Einheitlichkeit und Kontinuität steht normativ eine generelle *Präferenz für Diversität, Differenz und Situativität* gegenüber. Dies beginnt bereits bei einem stabilitätstheoretischen Argument. Denn angesichts der Komplexität der Welt, so die klassisch kybernetische Vorstellung, kann nur ein solches System auf die ständig wechselnden Verhältnisse im Netzwerk reagieren, das intern über möglichst viele unterschiedliche Optionen verfügt: Diversität wird zur normativen Voraussetzung für Stabilität. Wenn es zudem ohnehin keine letztlich richtige Lösung und auch kein wahres Selbst gibt, dann rücken Verfahren in den Vordergrund, mit denen andere, alternative Möglichkeiten ausgelotet werden können. *Innovationsfähigkeit, Offenheit und Kreativität werden so zu neuen Leitideen* im technologischen Regierungsdenken, die durch *permanente Selbstkritik und ständige Neuerfindung* umgesetzt werden können.

Die beiden Fallstudien bieten dabei zwei unterschiedliche Ausprägungen dieser Haltung an. Michel Foucault fokussierte das individuelle Subjekt, das sich durch »diese permanente Kritik unserer selbst« von den Fängen der Tradition befreien und stets neu erfinden kann.²⁴ Demgegenüber blickte Niklas Luhmann auf die Strukturen von Organisationen und die kognitiven Kapazitäten der Politik, der er *Opportunismus* statt Dogmatik empfahl. Politische Probleme, so sein Argument, seien nicht durch Wertepositionen, sondern nur durch kreative Ansätze zu bearbeiten. Die dafür nötige kognitive Flexibilität erhalte man durch eine permanente Kritik der eigenen Systemperspektive.

Im technologischen Regierungsdenken werden auf diese Weise die »situativen Identitäten« und die »situative Politik« programmatisch formuliert, die Hartmut Rosa als strukturelle Merkmale der Spätmoderne ausgemacht hat.²⁵ Gleichzeitig wird aus politiktheoretischer Perspektive deutlich, dass die gegenwärtige Anforderung der Flexibilität und die Vorstellung eines aktiven Selbst nicht (nur) aus dem Neoliberalismus hervorgegangen sind. Sie finden sich auch in einer anderen, technologischen Neubeschreibung von Politik und Gesellschaft, die ihren Aufstieg in der Krise der Moderne gemacht hat.

24 Foucault: *Dits et Ecrits*, IV, 339, S. 700. Die Zitation folgt dem Muster: Band (römische Ziffer), Titelnr., Seiten.

25 Rosa: *Beschleunigung*, S. 352-427.

Die beiden Antwortstrategien haben dabei im Prinzip unterschiedliche Stoßrichtungen. Denn der Neoliberalismus hält an der modernistischen Auflösung von Konflikten in einem einzig rationalen Urteil fest, die ideengeschichtlich schon bei Jeremy Bentham zu finden ist. Eine solche rationalistische Verengung strebt das technologische Regierungsdenken hingegen nicht an: Es will die modernen Rationalitätsvorstellungen nicht einfach durch eine beschleunigte Datenproduktion und -verarbeitung radikalisieren, sondern das aufklärerische Projekt reflexiv wenden. Dafür bedurfte es einer Revision des aufklärerischen Begriffsapparats, wie sie von Foucault und Luhmann in Angriff genommen wurde.

Die normative Perspektive, die sich hier eröffnet, ist auf die Autonomie der Subjekte und Systeme bedacht, die nach ihren je eigenen Logiken funktionieren. Diese Autonomiekonzeption hängt aber nicht mehr mit Authentizität oder Souveränität zusammen, sondern zielt auf die Praktiken der Selbstorganisation und Selbstkritik im Rahmen vielfältiger Abhängigkeiten. Die normative Perspektive hat dadurch eine im weiten Sinne freiheitliche Stoßrichtung, gerade weil es ihr um die Befreiung von politischen, rationalistischen und moralischen Dogmatiken geht, die in ihrer Perspektive gleichermaßen aus der Aufklärung stammen. An die Stelle eines rationalen oder moralischen Urteils rückt dabei der kreative Gebrauch von *tools*, Praktiken und Strategien, und damit deren *usability*, während zugleich die permanente Produktion neuer Wissens- und Erfahrungsmöglichkeiten selbst zum Programm wird. Diese ›post-moderne‹ Stoßrichtung ist nun wiederum durchaus modern, weil durch die kreativen Praktiken der Selbstkritik andere und mehr Möglichkeiten aufgeschlossen werden sollen, als die klassischen Konzepte der Moderne zugelassen hatten.²⁶

Die Analyse gesellschaftlicher Selbstinterpretationen: Methodologie und Methode

Die Arbeit nimmt politische Theorien als gesellschaftliche Selbstdeutungen in den Blick.²⁷ Sie interessiert sich für die Wirklichkeitskonstruktionen, ihre Zeit-, Raum- und Subjektverständnisse und die damit verbundenen politischen Ordnungsvorstellungen aber nicht aus kulturhistorischer Beschaulichkeit, sondern weil sie ›harte‹ sozialkonstitutive Effekte haben. Wie schon die zitierten Aussagen im Laufe der Einleitung zeigen, sind sich auch die Handelnden der massiven Relevanz der *mind sets* durchaus bewusst, und sie streiten daher gezielt um die Durchsetzung des

26 Zur Reichweitenvergrößerung als Charakteristikum der Moderne vgl. Rosa: *Resonanz*, insb. S. 518–522.

27 Vgl. zum Folgenden auch Rosa: *Weltbeziehungen im Zeitalter der Beschleunigung*, S. 104–147.

einen und die Absetzung des anderen Deutungsrahmens. Denn indem soziale Akteure sich selbst in der Welt verorten und dieser Welt eine Struktur geben, zeichnen sie sowohl die Wahrnehmung von Ereignissen als auch die Möglichkeiten des Eingriffs in die Welt vor; sie verwerfen und entwerfen auf ihrer Basis Reformen und Institutionen, die soziale Folgen haben.

Grundsätzlich lässt sich dabei sagen, dass das Regierungsdenken dafür ein besonders spannendes Feld zur Analyse gesellschaftlicher Selbstdeutungen ist, weil »sich politische Ordnungen mitsamt ihren Steuerungsstilen auf Gesellschaften hin entwerfen und nicht umgekehrt. [...] Für eine adäquate Beschreibung und Anleitung politischer Steuerung ist deshalb eine genuin gesellschaftstheoretische Perspektive unverzichtbar.«²⁸ Anders gesagt: Man kann kaum über das Regieren sprechen, ohne gleichzeitig Vorstellungen von der Beschaffenheit der sozialen Welt, dem Handlungsspielraum der Akteure und dem Einflussbereich und der Gestalt von Politik zu formulieren.

Pierre Bourdieu hat diesen Zusammenhang zwischen Vorstellungswelten und Handlungsmöglichkeiten auf die treffende Formel der *Wahrnehmungs-, Denk- und Handlungsschemata* gebracht, die Verhalten anleiten und sich sozialwissenschaftlich rekonstruieren lassen.²⁹ Während Bourdieu dabei aber implizite, habitualisierte Selbstentwürfe im Blick hatte, handelt es sich bei den hier herangezogenen Dokumenten um explizite Selbstinterpretationen, »die in der Semantik unserer Sprache zum Ausdruck kommen und in Form von Theorien, Diskursen und Dogmen gefasst sind und damit das Reich der (artikulierten) Ideen bilden.«³⁰ Das Erkenntnisinteresse an solchen Deutungsmustern verbindet wissenssoziologische und ideengeschichtliche Ansätze.

28 Schimank: *Teilsystemische Autonomie und politische Gesellschaftssteuerung*, S. 250.

29 Bourdieu: *Sozialer Sinn*, S. 101. Ich werde parallel den Begriff der Rationalität (im Sinne von Vernunftweise) verwenden.

30 Zu Zitat und Unterscheidung Rosa: *Weltbeziehungen im Zeitalter der Beschleunigung*, S. 111. Rosa unterscheidet sie dabei von *impliziten Selbstinterpretationen* wie z.B. manifesten Institutionen (etwa dem Bundesverfassungsgericht), Gefühlen oder habitualisierten, konventionalisierten Praktiken. Im Detail kann diese Unterscheidung freilich schwierig werden u.a. weil auch in der expliziten Reflexion nicht immer alles explizit gesagt wird. Sie dient aber vor allem als methodische Vorsichtsmaßnahme: Explizite Selbstbeschreibungen sind sozialkonstitutiv, sie sind aber einerseits nur als eine Vielzahl von expliziten Selbstbeschreibungen vorhanden, und andererseits sind sie nicht direkt in nicht-diskursive Institutionen und Praktiken zu übersetzen. Vielmehr ließe sich diese Übersetzung gezielt untersuchen, wie es Bevir: *Democratic Governance* versucht. Dies kann hier jedoch nicht systematisch geleistet werden, weil der Umfang mindestens eine weitere Arbeit erfordern würde. *Das bedeutet aber auch, dass für den Aufstieg des Netzwerk-Denkens weitere Erklärungsfaktoren relevant sein könnten.* So ließe sich z.B. über den Einfluss des Generationenwechsels in politischen Institutionen und Organisationen nachdenken, oder man könnte Vergleiche zwischen theoretischen Texten, konkreten Reformprogrammen und der Implementation dieser Reform anstellen.

Dabei nähern sich Wissenssoziologie und Ideengeschichte der Problemstellung gewissermaßen von unterschiedlichen Richtungen, konvergieren letztlich aber in ihren methodologischen und methodischen Grundüberlegungen. So haben interpretative Diskursanalysen Texte aller Art als empirische Quellen für die Analyse von Deutungsmustern entdeckt. Dabei gehen sie oft zunächst von einem breiten, verstreuten Korpus aus, um dann exemplarische, repräsentative Einzeltexte intensiver zu analysieren. Komplementär dazu gehen kontextualistische Ansätze der Ideengeschichte oft von den Werken einzelner Akteure aus, um dann ihre Bedeutung in und für bestimmte Kontexte zu erschließen, die gesondert und vor allem in ihrer vollen Breite rekonstruiert werden müssen. Bei dieser Rekonstruktion der Kontexte wird dann der diskursanalytische Ansatz wieder relevant.³¹

Die folgende Untersuchung baut daher auf zwei zentralen Prämissen, die meines Erachtens beide Richtungen verbinden: *Erstens* sind politische Theorien Sprechakte, die in einem bestimmten sozialen Kontext geäußert werden, die Spuren dieses Kontextes tragen und ihn zugleich implizit oder explizit aktiv verarbeiten. Für die sozialwissenschaftliche Analyse stellen sie daher empirische Daten (oder wie die Geschichtswissenschaften formulieren würden: Quellen) dar.³² Dabei sind sie aber keine Spiegelungen des Kontexts, sie greifen ihn vielmehr *in bestimmter Weise* auf, *intervenieren* und *verändern* dadurch diesen Kontext. Daher lässt sich – *zweitens* – der Sinn und die Relevanz der Deutungsmuster in den Texten nur im Rahmen des Kontextes erschließen. Es besteht also ein Wechselverhältnis zwischen Text und Kontext, beides lässt sich nur in einem zirkulären Prozess erschließen.

Infolgedessen steht dann aber die Frage im Raum, wie dieser Kontext zu fassen ist. Eine gängige Kritik an der Cambridge School der Ideengeschichte lautet, dass

31 Diese Konvergenz lässt sich in den jeweiligen methodischen Selbstverortungen feststellen. So sehen kontextualistische Ansätze wie die Cambridge School oder der Challenge-and-Response-Ansatz ihre Aufgabe explizit in der Rekonstruktion von Diskursen, was – umgekehrt – von der Diskursforschung auch anerkannt wird. Dies dürfte auch an ihrem geteilten Selbstverständnis als interpretative Sozialforschung liegen. Daher bestehen hier wiederum enge Parallelen zu kulturanalytischen Verfahren der Textinterpretation und ein Unterschied zum sehr speziellen Diskursverständnis der Foucault'schen Diskursanalyse. Dass dennoch durch die Aufnahme konstruktivistischer Überlegungen in Wissenssoziologie und Ideengeschichte auch der hiesige Ansatz von den Sedimenten kybernetischer Überlegungen nicht frei ist, lässt sich nicht vermeiden, weil jede Analyse von einem bestimmten historischen Standpunkt aus verfasst werden muss. Es spricht vielmehr für meine These von der Wirkmächtigkeit kybernetischer Denkfiguren. Allerdings ist mein methodologischer Bezug deutlich stärker durch das interpretative Paradigma geprägt. Vgl. zu den obigen Richtungen Rosa: »Ideengeschichte und Gesellschaftstheorie«; Keller: *Diskursforschung*, S. 23; Nünning/Nünning: *Methoden der literatur- und kulturwissenschaftlichen Textanalyse*, S. 201–224, 293–316.

32 Die Unterscheidung von Primär- und Sekundärliteratur ist somit eine heuristische, weil jeder Text auch Primärtext sein kann. Ich verwende daher »vgl.«, wenn ich auf einen Text als Sekundärliteratur zugreife, und »siehe«, wenn ich auf ihn als Primärquelle verweise.

ihr Ansatz zu einer linguistischen Verengung neige.³³ Demnach bestehe zwar ihre große Leistung darin, die Ideengeschichte vom »Gipfelgespräch großer Denker« wieder in die alltäglichere Realität politischen Denkens zurückgeholt zu haben, ihre Geschichtsschreibung bleibe dann aber doch tendenziell eine Geschichte semantischer Manöver in intellektuellen Milieus. Um dem vorzubeugen, hat der Challenge-and-Response-Ansatz der politischen Ideengeschichte die sozialen und politischen Herausforderungen stärker ins Zentrum gestellt, auf die politisches Denken reagiert.³⁴ Die politiktheoretischen Entwürfe zielen in dieser Perspektive nicht nur auf eine linguistische Verschiebung, sondern sie entwickeln Antworten auf konkrete soziopolitische Situationen, und dafür bedienen sie sich sowohl konzeptioneller als auch semantischer Strategien.

Ein solcher Ansatz stellt die Anforderungen, eine retrospektive Rekonstruktion der nicht-diskursiven Geschichte in die Analyse einzubeziehen.³⁵ Um dies in den Texten zu begründen, lassen sich deren Referenzen auf soziale und politische Ereignisse explizieren – von konkreten Nennungen bis hin zu Anspielungen. Dieses Vorgehen hat zwei große Vorteile für die vergleichende Interpretation von Deutungsmustern: Einerseits kann man dadurch das Verhältnis zwischen den soziopolitischen Herausforderungen und den (unterschiedlichen) Deutungen durch ihre Akteure explizit herausstellen und diskutieren. Andererseits lässt sich dann auch das Verhältnis zwischen dem subjektiv gemeinten Sinn des Akteurs und dem sozialen Sinn des Sprechakts thematisieren, weil deutlich wird, dass ein Sprechakt auch aus dem Rezeptionskontext heraus und jenseits des subjektiven (intentionalen) Sinns des Sprechenden soziale Bedeutung erlangen kann.³⁶ In dieser Hinsicht

33 Vgl. Rosa: »Ideengeschichte und Gesellschaftstheorie«, S. 218f. Ob dies *de facto* zutrifft, ist hingegen umstritten.

34 Vgl. Münkler/Rzepka: »Die Hegung der Öffentlichkeit«.

35 Dieser Ansatz baut einerseits auf der Überzeugung auf, dass Ideen, Ereignisse und Praktiken sich gegenseitig beeinflussen und daher auch nur gemeinsam verstanden werden können. Andererseits betont er, dass die Wahl und Rekonstruktion der Kontexte eine Interpretationsleistung bleibt. Dabei entdeckt man Neues in einem Text oft gerade dadurch, dass man einen Wechsel der analytisch gewählten Kontexte vornimmt. So fallen etwa die kybernetischen Figuren bei Foucault nicht auf, wenn man sich ausschließlich im Rahmen des philosophischen Kanons bewegt; erst indem man die technologischen Debatten der Zeit in den Blick nimmt, treten diese Referenzen deutlich hervor.

36 Dies reagiert auf ein zweites Problem bei Quentin Skinner, nämlich die *intentionalistische Verengung*. Skinner will letztlich die Autorintention in einem Sprechakt rekonstruieren. Er nennt dies seine illokutionäre Dimension, womit er allerdings eine sehr spezifische Sprechakttheorie verfolgt. In Austins Fassung der Sprechakttheorie sind illokutionäre Akte nicht intentionale Akte, sondern solche, die *automatisch* Wirkung entfalten. Im Laufe seiner Untersuchung problematisiert Austin diese Kategorie aber, weil die automatische Wirkung nicht den Worten oder Intentionen inhärent sei (wie anfangs angenommen), sondern ein Effekt von Konventionalisierung. Schon bei Austin wird daher deutlich, dass subjektiv gemeinter Sinn und

steht die folgende Analyse näher bei wissenssoziologischen Ansätzen, die sie aber wiederum politiktheoretisch ergänzt, indem sie den theoretisch-systematischen Rückraum der Deutungsmuster ausleuchtet.

Um die Genese und Merkmale des technologischen Deutungsvorschlags zu rekonstruieren, erschließe ich daher in diesem Sinne den *soziopolitischen Kontext*, die *konkurrierenden diskursiven Deutungsmuster* und die jeweiligen *theoretisch-systematischen Hintergründe*. Für dieses Vorhaben ist es einerseits notwendig, umfangreiche Literatur heranzuziehen, die die diskursiven und nicht-diskursiven Kontexte thematisiert, und sie unter der hier gegebenen Fragestellung nach der Genese und der Beschaffenheit des Netzwerk-Denkens neu auszuwerten. Dies gilt insbesondere für Studien zu Entstehungskontext, Konzepten und Fortwirken der Kybernetik, zum Strukturwandel der Moderne in den 1970er Jahren und zu einzelnen Theorien und Werken, mit denen die eigene Interpretation herausgefordert und abgesichert werden kann.

Andererseits – und im Unterschied zu den meisten Diskursanalysen – werden hier *mehrere* Dokumentenkorpora ausgewertet, die die *unterschiedlichen Debattenkontexte* abdecken.³⁷ Die Korpora bestehen dabei aus Texten, die in einem Bezug zu intellektuellen, zumeist akademischen Zusammenhängen entstanden sind. Ihre Dokumente sind also in der Regel (populär-)wissenschaftliche Bücher, Traktate und Artikel aus (populär-)wissenschaftlichen Bänden, Zeitschriften und Magazinen. In diesem Zusammenhang agierten die Autor:innen dieser Dokumente in der Rolle von Deutungseliten,³⁸ und auch wenn es sich dabei oft um Personen aus der Wissenschaft handelt, treffen wir ebenso auf Juristen, Diplomaten und zivilgesellschaftliche Akteure;³⁹ in fast allen Fällen waren allerdings selbst die Wissenschaft-

sozialer Sinn nicht zwingend einher gehen müssen. Vgl. Rzepka: *Sangspruch als cultural performance*, S. 11-16; zur Unterscheidung von subjektivem und sozialen Sinn vgl. Reichertz: *Qualitative und interpretative Sozialforschung*, S. 27.

37 Als Debatte lässt sich eine thematisch begrenzte Deutungsauseinandersetzung verstehen. Ich werde diesen Begriff im Folgenden dem des Diskurses vorziehen, erstens weil dieser meist zu weit gefasst wäre (denn ich rekonstruiere unterschiedliche Debatten im Diskurs des westeuropäischen Regierungsdenkens) und zweitens um Verwechslungen mit dem Foucault'schen Diskursbegriff, der Gegenstand der Rekonstruktion ist, zu vermeiden. Vgl. ähnlich Hausteiner: *Greater than Rome*, S. 56.

38 Zur Unterscheidung von Entscheidungs- und Deutungseliten vgl. Münkler: »Der Wettbewerb der Sinnproduzenten«.

39 Der Text nutzt neutrale Formulierungen oder eine inkludierende Kurzform mit Doppelpunkt, wenn er auf Personengruppen referiert. Allerdings stellen sich historischen Rekonstruktionen hier Probleme. So sind in den vorzustellenden Debatten (männliche) Autoren mehr als deutlich in der Überzahl und auch in den Konzepten lagern sich Gender-Konnotationen ab, wie zu sehen sein wird. Diese historische Realität und ihre Machtasymmetrien sollen freilich nicht invisibilisiert werden. Daher dokumentiere ich in Rekonstruktionen und Paraphrasen die in den Quellen abgelagerte Form, sofern erkennbar, und nutze das Maskulinum bei Per-

ler:innen unter ihnen in politische Auseinandersetzungen verwoben, weil sie etwa für Fraktionen und Organisationen tätig waren, staatliche Planungsstäbe berieten oder Proteste gegen die Regierungspolitik organisierten.

Für die Frage nach der Genese und den Merkmalen eines technologischen Regierungsdenkens hat diese Dokumentenwahl zwei zentrale Vorteile: Erstens liefern diese Dokumente, etwa durch Fußnoten-Apparate oder durch Referenzen im Fließtext, explizit Hinweise auf Quellen, die sie inspirieren oder denen sie widersprechen. Das ermöglichte eine *Spurensuche* nach den intellektuellen Ressourcen und den soziopolitischen Entstehungsbedingungen des Netzwerk-Denkens.⁴⁰ Zweitens kann man, gerade weil sie explizit als *Reflexionen* angelegt sind, davon ausgehen, dass sich die Personen um eine gewisse Kohärenz ihrer Darstellung bemühten, was eine Rekonstruktion der theoretischen Konzepte erleichtert.⁴¹

Die konkrete Analyse der Texte verbindet dann methodisch *close reading* und *wide reading*.⁴² Das *close reading* der Texte ermöglicht es, die gesellschafts- und politiktheoretische Vorstellungswelt eines Textes im Detail zu rekonstruieren. Dabei kommt die Rhetorizität der Texte in ihrer gesamten Breite in den Blick. Damit wird verhindert, dass die Sprechakte in transtemporale Geltungsansprüche, die der rationalen Rekonstruktion vorbehalten bleiben, und rein historische Verurteilungen, die die allgemeinen Geltungsansprüche ausblenden, aufgespalten werden. Bereits die antike Rhetorik hat darauf hingewiesen, dass die Überzeugungskraft eines Sprechaktes auf drei *zusammenhängenden* Ebenen beruht, nämlich der logischen Struktur (*logos*), der Subjektkonstruktion oder Haltung (*ethos*) und der erzeugten Stimmung (*pathos*). Daher geht es bei der Analyse der Sprechakte einerseits darum, die *konzeptionelle Argumentation* herauszuarbeiten, mit der die historische Situation erfasst, gedeutet und bearbeitet wird. Andererseits müssen gleichzeitig die *sprachlichen Stilmittel* untersucht werden, die diese Argumentation in eine bestimmte Form bringen und ihr auf diese Weise Überzeugungskraft verleihen.⁴³

sonengruppen, die m.W.n. nur aus Männern bestanden. »Akteure« verwende ich im Übrigen als abstraktere Kategorie, die z.B. auch Organisationen umfasst.

40 Gerade dies war ja Boltanski und Chiapello mit ihrem Dokumenten-Korpus nicht möglich (s.o.). Ein Korpus mit Referenzen war deshalb sinnvoll, weil es eine explorative Studie ist, für die es nur wenig Literatur gibt, die Orientierung in den Quellen hätte geben können.

41 Das schließt freilich weder argumentative noch performative Widersprüche in den Texten aus; es verspricht lediglich, dass man an diesem Ort eine systematischere Darstellung findet als – zum Beispiel – in Gesprächsprotokollen oder Zeitungsglossen.

42 Vgl. Nünning/Nünning: *Methoden der literatur- und kulturwissenschaftlichen Textanalyse*, S. 291–301.

43 Im Sinne historisch-kontextualistischer Rekonstruktionen geht es hier aber nicht darum, die historische Akkuratheit oder die philosophische Richtigkeit in den Texten zu prüfen. Dies entspricht auch dem diskurs- und kulturalanalytischen Vorgehen. Allerdings verengt auch die Diskursforschung den Rhetorikbegriff auf Mittel der Überredung und blendet aus, dass zur Rhetorik die Argumentation genuin dazu gehört. Für ein solches Rhetorikverständnis in der

Im Hinblick auf die Gestaltung seien zwei besonders relevante Aspekte der Analyse knapp hervorgehoben: Zum einen nimmt die Metapher eine herausgehobene Stellung für die Analyse von Selbstbeschreibungen ein. Wie die Forschung inzwischen vielfach bestätigt hat, stellen Metaphern einen Referenzrahmen zur Verfügung, der die Wahrnehmung von Wirklichkeit strukturiert und die logische Lösung von Handlungsproblemen anleitet. Zugleich erlauben sie es durch ihre Assoziationsräume, unterschiedliche Beobachtungen miteinander zu verbinden und unter einer Perspektive zu deuten: »Root metaphors are those set of assumptions, usually implicit, about what sorts of things make up the world, how they act, how they hang together and, usually by implication, how they may be known. As such, root metaphors constitute the ultimate [...] frame of reference for discourse on the world or any domain within it.«⁴⁴

In dieser Breite erlauben Metaphern zudem unterschiedliche politische Interpretationen in einem ›frame of reference‹. Daher wird zum anderen besondere Aufmerksamkeit auf die Darstellung des Gegenstandes/Problems (*narratio*) in einem bestimmten Text gelenkt. Damit wird der konstruktivistische Charakter herausgehoben, den eine bestimmte Problemstellung hat. Die Welt, die den Akteuren begegnet, muss durch sie in eine bestimmte Weise gedeutet und in eine narrative Ordnung gebracht werden. Dabei können in verschiedenen Narrationen die gleichen Motive auftreten, jedoch durch eine unterschiedliche logische oder chronologische Verknüpfung auch unterschiedliche politische Standpunkte zum Ausdruck gebracht werden, ohne allerdings den ›frame of reference‹ insgesamt zu verlassen.

Die Variationsbreite eines Deutungsmusters lässt sich dann durch einen Vergleich der gefundenen Motive und Narrationen analysieren, der *relativ typische Narrative* identifiziert.⁴⁵ Der Bogen wird damit zurück zum *wide reading* geschlagen, um die Bedeutung der Selbstbeschreibungen in ihren Kontexten zu erfassen und zu systematisieren. Dafür muss eine Vielzahl von Dokumenten parallel gelesen und geordnet werden. Da man bei ›natürlichen‹ Quellen allerdings selten eine vollständige Katalogisierung aller verfügbaren Dokumente gewinnen kann, bietet sich grundsätzlich ein theoretisches Sampling an. Dieses kann neue Dokumente nach

gegenwärtigen Wissenssoziologie vgl. Edmondson: *Rhetoric in Sociology*; Osrecki: *Die Diagnosesgesellschaft*, S. 89–116.

44 Brown: *A Poetic for Sociology*, S. 124. Brown unterscheidet *root metaphors* und *model metaphors*. Sie unterscheiden sich dadurch, dass bei Modellmetaphern erstens der Status als Metapher noch erkennbar sei und sie zweitens auf einen begrenzten Bereich in der Welt bezogen seien. Einen Überblick zum Diskussionsstand bieten Farzin: *Die Rhetorik der Exklusion*, S. 40–43; Schäfer: »Historizing Strong Metaphors«.

45 Zur Unterscheidung von Narration und Narrativ vgl. Koschorke: *Wahrheit und Erfindung*, S. 30; zum theoretischen Sampling und dem Nachweis von Intertextualität im Folgenden vgl. Keller: *Diskursforschung*, S. 91f.; Nünning/Nünning: *Methoden der literatur- und kulturwissenschaftlichen Textanalyse*, S. 299–301.

dem Prinzip der *most similar cases* erschließen, um herauszufinden, ob es sich bei auftretenden Narrationen um typische oder eher singuläre Darstellungen handelt. Noch wichtiger war für die Analyse aber das Prinzip der *most dissimilar cases*, weil man nur damit die Breite der Debatte in den Blick bekommt.

Nach diesem Prinzip wurden auch die beiden Fälle ausgewählt, die im Zentrum der Studie stehen und durch das beschriebene Verfahren kontextualisiert werden sollen. Michel Foucaults und Niklas Luhmanns Werke boten sich dabei zunächst aufgrund der immensen Wirkmacht an, die sie seit den 1970er Jahren entfaltet haben. Ihre Begriffe und theoretischen Argumente haben die Geistes- und Sozialwissenschaften ohne jeden Zweifel nachhaltig verändert. Dabei haben sie nicht nur selbst über die Regierung (in) der Gesellschaft nachgedacht, sondern auch das Regierungsdenken beeinflusst. So hat Foucaults Denken mit den *governmentality studies* eine eigene Forschungsrichtung angeregt, er ist inzwischen aber auch in der *network governance*-Debatte angekommen.⁴⁶ Dort hat auch Luhmanns Systemtheorie erkennbare Spuren hinterlassen. Zahlreiche Governance-Theorien schließen explizit an seine Thesen an, und die gesellschaftliche Diagnose, in einer *centreless society* mit einer *differentiated polity* zu leben, hat sich inzwischen zu einem allgemeingültigen Ausgangspunkt entwickelt.⁴⁷ Noch größer dürfte Luhmanns Einfluss auf eine systemische Beratungsindustrie sein, um den er sich selbst bemüht hat, während Foucault zweifelsohne eine Leitfigur für kritische soziale Bewegungen darstellt. Da es hier um die Rekonstruktion eines *tatsächlich relevanten Deutungsmusters* gehen sollte, war es sinnvoll auf derart einflussreiche Ansätze zurückzugreifen.

Darüber hinaus stellen Foucaults und Luhmanns Werke aber auf den ersten Blick sehr unähnliche Fälle dar, wenn man Kriterien wie den Theorieansatz, disziplinäre Anbindung und politische Verortung anlegt: Während die Systemtheorie eine Universaltheorie anstrebte, lieferte Foucault vor allem historische Detailstudien und theoretisch-methodologische Skizzen. Während der eine verwaltungs- und organisationswissenschaftlich geschulte Soziologie betrieb, war der andere ein psychologisch interessierter Philosoph, der genau diese disziplinäre Zuordnung ablehnte. Und während Luhmann stets im Verdacht des Konservatismus stand, wird

46 Vgl. Sørensen/Torring: »Theoretical Approaches to Metagovernance«, S. 178-180.

47 Siehe z.B. Rhodes: *Understanding Governance*, S. 3; die zahlreichen Referenzen auf Luhmann bei Kooiman: *Governing as Governance*; die Aufnahme von Luhmanns Argumenten bei Jessop: »The Governance of Complexity and the Complexity of Governance«; zum aktuellen Konsens Sørensen/Torring: »Introduction Governance Network Research«, insb. S. 3-5. Dass Luhmann außerhalb Deutschland nicht rezipiert würde, kann vor diesem Hintergrund nur als Mythos gelten (was es nicht gibt, ist aber eine Luhmann-Exegetik). Ein weiterer Rezeptionsstrang führt im Übrigen in die soziologische Netzwerkforschung, etwa zu Harrison White, der – geprägt durch sein Physik-Studium am MIT – zudem selbst an kybernetische Ideen anschloss.

Foucault seit seinem Aktivismus in den 1970er Jahren eher als ›linker‹ Theoretiker eingestuft, der die bestehenden Verhältnisse radikal infragestellte.⁴⁸

Über diese Unterschiede hinweg, so lautet die zentrale These, haben beide Autoren kybernetische Denkfiguren aufgegriffen. Sie boten ihnen das Arsenal, um eine fundamentale Kritik an ›klassischen‹ Theorien von Macht, Politik, Staat und Gesellschaft zu formulieren und ihnen eine Neubeschreibung von Politik und Gesellschaft in den Begriffen von System und Netzwerk entgegenzusetzen. Diese Neubeschreibung brachten sie in der Staats- und Modernekrise der 1970er Jahre gegen die ›veralteten‹ Traditionen in Stellung und eröffneten so einen Ausweg aus den zeitgenössischen Krisenerfahrungen. Dafür war es entscheidend, dass die Neubeschreibung unterschiedliche, gar konfligierende Ausprägungen zulässt, weil sie nur so auch Anschlusspunkte für unterschiedliche soziale und politische Positionen offenhält.

Die Gegenüberstellung zweier kontrastierender Fälle demonstriert daher einerseits exemplarisch das Spektrum des Netzwerk-Ansatzes, während sie andererseits erlaubt, Gemeinsamkeiten dieser unterschiedlichen Varianten herauszuarbeiten.⁴⁹ Nur indem das technologische Deutungsangebot eine ähnliche Variationsbreite hatte wie das vorangegangene Deutungsmuster der Souveränität, konnte es sich als ein Denk-, Wahrnehmungs- und Handlungsschema festsetzen, das bis heute fortwirkt.

Die nun folgende Darstellung hat ihr Ziel erreicht, wenn es ihr gelingt, die Formation und die Merkmale dieser technologischen Regierungsrationalität nachzuweisen. Dafür rekonstruieren die ersten drei Kapitel die relevanten Kontexte, die zum Aufstieg des Netzwerk-Denkens führten. Zunächst wird das *systematische Gegenmodell* des technologischen Regierungsdenkens vorgestellt: das Denken im Raster der Souveränität (Kap. 1). Daraufhin wird nach den technologischen Kontexten gefragt, aus denen die *intellektuellen Ressourcen für das Netzwerk- und System-Denken* stammen können (Kap. 2). Schließlich lege ich den *Moment des sozialen Wandels* frei, in dem die technologischen Regierungskonzepte ideenpolitisch an Auftrieb gewannen (Kap. 3). Diese drei Kontexte können dann bei der Interpretation der Schriften von Michel Foucault (Kap. 4) und Niklas Luhmann (Kap. 5) zusammengeführt werden. Während die vorangegangenen Kapitel gewissermaßen aus der Vogelperspektive

48 Einige sehen Luhmann auch als Gegenspieler von Foucault (z.B. Lemke: »Eine unverdauliche Mahlzeit?«). Diese Frontstellung wird allerdings dadurch unterlaufen, dass Luhmann und Foucault (ebenso wie andere Beispiele des technologischen Denkens) gerne als Konservative, Technokraten oder Neoliberale diffamiert werden, während manche aus ihren ›Schulen‹ einen Status sui generis für sie beanspruchen. Beides wird hier konterkariert, indem eine andere ideengeschichtliche Tradition freigelegt wird.

49 Zur Verbindung von Iteration und Variation vgl. für die Sprechakttheorie Rzepka: *Sangspruch als cultural performance*, S. 11-20; als »narrative Varianz« für die Analyse narrativer Sinnstiftung Münkler: *Die Deutschen und ihre Mythen*, S. 14f.

das Entstehen des Netzwerk-Denkens beobachten, zoomen die Fallstudien hinein auf zwei Intellektuelle, die die sozio-politischen Ereignisse auf ihre je eigene Art verarbeiteten und in ihren politischen Auseinandersetzungen die technologischen Deutungsansätze in Anschlag bringen.

Foucault und Luhmann liefern so nur zwei Beispiele für eine deutlich breitere Bewegung, die die Staats- und Modernekrisen mit einer technologischen Interpretation von Politik und Gesellschaft beantworteten. Indem diese Arbeit den Aufstieg dieses Netzwerk-Denkens aus dem politischen Handgemenge zeigt, seine sehr spezifische Sicht auf die Welt und die politischen Folgen am Ende noch einmal konturiert, liefert sie im besten Falle einen Beitrag zu einer historischen Kritik der Gegenwart.

